Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Anzeigen finden weitere Verbreitung und sind daher von bestem Erfolg.

Preis vierteljährlich hier mit Trägerlohn M. 3.—, im Bezirks- und 10-Kilometer-Verkehr M. 3.60, im übrigen Württemberg M. 3.70. Monats-Abonnements nach Verhältnis.

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Gegründet 1829 — Fernsprecher 29

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 20 Pfg., bei mehrmaliger, Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. Postscheckkonto: Stuttgart 5113

Nr. 262 — Dienstag den 11. November 1919 — 93. Jahrgang

## Eine Rede Lloyd Georges.

Wie das Reuterische Bureau meldet, sprach der Lord Mayor von London auf dem Lord Mayors Bankett in der Guild Hall die Hoffnung aus, daß der Völkerbund das Mittel zur Erreichung eines dauernden Friedens werde. Der Premierminister Lloyd George, der mit lebhaftem Beifall empfangen wurde, sagte, die Schreckensherrschaft, die während eines halben Jahrhunderts ihren Schatten über Europa geworfen habe, sei vorbei, aber es befänden immer noch Gefahren. Es seien noch verschiedene Probleme zu lösen. Das erste betreffe die Adria. Er hoffe trotz aller Schwierigkeiten, daß eine Lösung gefunden werde, die den Interessen des italienischen Bundesgenossen gerecht werde. Er sei aber andererseits der Ansicht, daß den Nationalitäten, die sich vom österreichischen Joche los machten, um sich auf die Seite der Alliierten zu stellen, vor allem seitens der Italiener Gerechtigkeit widerfahren solle. Ueber die wichtigsten Grundsätze für eine Regelung der Türkei bestehe unter den Alliierten vollständige Uebereinstimmung. Alle seien davon überzeugt, daß die Türkei die von Griechen, Arabern und Armeniern bewohnten Gebiete schlecht verwaltet habe und daß dem ein Ende gemacht werden müsse. Man habe sich dahin geeinigt, daß der Zugang zum Schwarzen Meer für alle Völker frei sein müsse und daß seine Pforten nicht länger einer Macht anvertraut werden dürfen, die das in sie gesetzte Vertrauen enttäuscht und den Zugang auf Befehl Preußens für die Alliierten geschlossen habe. Was die anderen auf die Türkei bezüglichen Fragen betreffe, so dürften für die Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Alliierten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bestehen. Ueber Rußland könne er aber nicht mit demselben Vertrauen sprechen. Wir können, sagte Lloyd George, keinen Frieden haben, wenn in Rußland kein Friede ist, und die Aussichten sind nicht günstig. Vor einer Woche habe die Aussicht auf eine rasche Lösung bestanden, heute weise aber alles auf einen langen blutigen Kampf hin. Der Angriff auf Petersburg konnte nicht durchgesetzt werden, und Denikins Vormarsch auf Moskau sei vorläufig aufgehalten. Auch die letzten Nachrichten aus Omsk seien wenig beruhigend. Er glaube nicht, daß die bolschewistischen Armeen ganz Rußland erobern würden, da die Bauern dem Bolschewismus feindlich gegenüber ständen. Er habe bereits früher vorhergesagt, daß der Bolschewismus nicht mit dem Schwert unterdrückt werden könne und daß man zur Wiederherstellung von Friede und Ordnung in Rußland zu anderen Methoden werde greifen müssen. Er wolle, daß diese Prophezeiung unrichtig gewesen wäre, denn die zivilisierte Welt könne ein chaotisches Rußland nicht dulden. Wenn man von Rußland absehe, so seien die Aussichten heute gut. Man könne nicht erwarten, in einem einzigen Jahre zu normalen Zuständen zurückzukehren. Zwei Dinge seien notwendig: Arbeit und Vertrauen. Lloyd George sprach dann von der Festigkeit in der Lage Englands im Vergleiche zu anderen Ländern und sagte, auf Englands Seite sei eine bewundernswerte Erholung ersichtlich. Die Arbeiterschwierigkeiten hätten zwar nicht aufgehört, seien aber weniger drohend als früher, und das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit habe sich gebessert. Er vertraue darauf, daß das britische Volk das zweite Friedensjahr mit neuen Hoffnungen beginnen werde, da es einsehe, daß England, wenn es sich dieser Aufgabe mit Hingabe widme, nicht nur den Schaden, den der große Krieg angerichtet habe, wiedergutmachen werde, sondern auch in eine Periode des Gedeihens eintreten werde, wie es sie nie zuvor gekannt habe.

## Tages-Neuigkeiten.

### Der deutsche Kredit.

Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Hamburg, der Bankier Max Warburg habe an die internationale Wirtschaftskonferenz in London einen Bericht über die Notwendigkeit der Wiederherstellung des deutschen Kredits gerichtet, worin er zum Gegenstand einer auf internationaler Grundlage garantierten Anleihe vorschlägt, den Völkerbund dahin abzuändern, daß alle Länder aufgenommen werden, und schon vorher durch eine internationale Anleihe Schulden, die gemacht sind, und Schulden, die noch gemacht werden, reguliert werden. Der Zinsendienst dieser Anleihe müßte in allen Ländern an erster Stelle vor allen anderen Ausgaben rangieren.

### Der 9. November

ist nach den nun vorliegenden Nachrichten im ganzen Reiche ruhig verlaufen. Die für die Zeit vom 7.—9. Nov. erwarteten Störungen der Ordnung haben sich nicht eingestellt. In allen größeren Städten des Reichs fanden seitens der Sozialdemokratie Revolutionsfeiern statt, die ohne jede Störung vorüber gingen. Demonstrationen fanden nicht statt.

### „Ein Jahr Republik."

Der „Vorwärts" bringt einen Artikel des Reichskanzlers Bauer, betitelt „Ein Jahr Republik", worin darauf hingewiesen wird, daß seit einem Jahr fast alle Handlungen der Entente darauf gerichtet oder wenigstens geeignet sind, den demokratischen Aufbau der neuen Deutschen Republik unmöglich zu machen. Die Vollendung der Verfassung schließe ein außerordentlich großes Werk ab. Die Zahl der verabschiedeten Gesetzentwürfe, die der sozialen Gerechtigkeit dienen und der sozialistischen Wirtschaftsordnung den Weg ebnen sollen, sei größer als jemals in einer parlamentarischen Session. Wenn das Volk heute eine schlackenlose Demokratie haben wolle, so könne es sie jetzt haben. Allerdings müsse der ehrliche Rechner in die Bilanz des vergangenen Jahres ganz sicher eine Verschmpfung des politischen Interesses und damit einen Abmarsch nach rechts einsetzen. Keine Regierung hätte die schädlichen Folgen der Revolution, die nichts anderes sei als der logische Schlußakt der Ludendorff'schen Kriegspolitik, aus der Welt zu schaffen vermocht. Eine Bilanz des 9. Nov. werde aber auch an der Schuld der Arbeiterschaft selber, an der Uneinigkeit und dem häuslichen Kriege des Proletariats nicht vorbeigehen, wodurch der Sieg des sozialistischen Gedankens verzögert werde.

### Die Deutschen in Böhmen.

Wie die Parlamentskorrespondenz aus Prag meldet, wurde gegen den Führer der Deutschen in Böhmen, Dr. Lodgemann, ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet, weil er bei der Feier für die März-Gefallenen in Kaaden eine Gedenkrede hielt, die in ein Vaterunser ausklang, in welchem angeblich nachstehende Sätze vorkamen: „Vergieb uns unsere Schulden und richte Du unsere Peiniger. Erlöse unser Volk aus Schmach und Not und gebe ihm wieder das Reich."

### Neue Kabinettkrise in Rumänien.

Nach einer Radiomeldung aus Bukarest ist das Kabinett des Generals Waitoyanu zurückgetreten. Die Note des Fünferrats habe auf Seiten der siebenbürgischen Vertreter derartige Schwierigkeiten hervorgerufen, daß General Waitoyanu nicht weiter amtieren könnte. Bratianu, Takesonesku und Manu seien nach Sinaja abgereist, um mit dem König über die Lage zu verhandeln.

### Dämmernde Erkenntnis.

Die Times meldet aus Newyork, daß Paul Warburg, der während der meisten Zeit des Krieges die leitende Kraft des amerikanischen Federal Reserve Board war, nach einer Reise nach Europa, wobei er auch Deutschland besuchte, eine Denkschrift veröffentlicht hat, in der er erklärte, die Welt stehe am Rande des Zusammenbruches und des Bankerottes. Der Selbsterhaltungstrieb Amerikas erfordere dringend, daß es den vom Kriege mitgenommenen Ländern weiteste finanzielle Unterstützung gewährt.

### Koltschak in „veränderter Lage".

Dem „Telegraaf" zufolge meldet der Korrespondent der „Times" im Auftrage von Koltschak vom 3. 11.: Die Ereignisse der letzten Woche haben die Lage ganz verändert. Die linke Flanke der dritten Armee ist auseinandergetrieben und Petz Pawlowsk mußte aufgegeben werden. Das geschah gerade an dem Tage, als der Winter seinen Einzug hielt, sodaß die Bolschewisten noch rechtzeitig eine gute Basis für ihre Operationen erhielten. Die Bolschewisten verfügen über 650 000 Mann Truppen. Die fortwährenden Fehlschläge und die politische Schwäche der Regierung Koltschak schadet der Prestige dieser Regierung bei der sibirischen Bevölkerung. Eine Krise drohe. Die Lust zum Kampfe gegen die Bolschewisten ist in Sibirien nicht besonders groß.

## Kleine Nachrichten.

Kiel, 9. Nov. Das Gesamtergebnis der Abstimmung auf den deutschen Seeschiffswerften über den neuen Lohntarif, wie die Wiedereinführung der Akkordarbeit ergab 29 210 Stimmen für und 35 677 gegen den Tarif. Damit hat der neue Lohntarif eine allgemeine Ablehnung erfahren.

Fiume, 9. Nov. (Wien. Korr. Bur.) Am vergangenen Mittwoch ist es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen italienischen Regierungstruppen und d'Annunzios Truppen gekommen, der mehrere Opfer gefordert hat.

Versailles, 9. Nov. „Agence American" meldet aus Rio de Janeiro, die Deputiertenkammer von Brasilien habe den Versailler Vertrag ratifiziert. Ferner meldet sie aus Santiago de Chile, daß sich Chile für den Beitritt zum Völkerbund ausgesprochen habe, jedoch mit dem Vorbehalt seiner Zustimmung bei späteren Aenderungen des Statuts.

London, 9. Nov. (Amtlich.) Die Letten sind unter dem Schutze eines Bombardements durch alliierte Geschwader westlich der Dwina längs der ganzen Front 10 Meilen weit vorgerückt und haben die Truppen Bermondts aus den Vorstädten von Riga zurückgetrieben. Die Bolschewisten haben Glodw eingenommen und die Russen bis zu einem Punkte 15 Meilen südlich von Jamburg zurückgedrängt. Das russische Zentrum ist bis zu einem Punkte 35 Meilen östlich von Jamburg zurückgewichen.

## Vermischtes.

— **1 Liter Spiritus Mk. 89.50.** Der Stadt München waren kürzlich 1000 Wagen Spiritus aus dem Ausland angeboten. Man mußte das Angebot zurückweisen, da, wie Bürgermeister Schmid in der gestrigen Sitzung des Verkehrsausschusses mitteilt, der Liter Spiritus unter Berücksichtigung der Zoll-, Fracht- und Verladekosten auf 89 Mark 50 Pfennig gekommen wäre. (Valuta, o Valuta!)

— **Kohlenfunde in der Pfalz.** In der Gegend von Welschweiler bei Kaiserslautern ist das Vorhandensein von Kohle festgestellt worden. Die Vorbereitungen zur Ausbeutung der Kohlenlager sind im Gange.

— **Die Hungersnot in Wien** ist furchtbar. Sägespäne und Holzmehl werden als Nahrungsmittel verwendet. Die Rachitis wütet unter den Kindern, Tuberkulose rafft die Erwachsenen dahin. Die vom Ausland eingeführten Lebensmittel können nur von den Reichsten gekauft werden. Unter den alten Leuten Wiens hat sich eine Bewegung geltend gemacht, die darauf zielt, alle über 60 Jahre alten Einwohner Wiens zu veranlassen, Selbstmord zu begehen.

— **Drahtlose Telegraphie im Automobil.** Daß man auch während der Automobilfahrten durch die drahtlose Telegraphie mit entfernten Orten in Verbindung treten kann, ist das Neueste, was die amerikanische Industrie geschaffen hat. Wie der Chefkonstrukteur eines großen amerikanischen Flugzeugwerkes, Glenn Martin, „Scientific American" mitteilt, hat er sein Automobil mit einer drahtlosen Einrichtung versehen, sodaß er auch auf seinen Fahrten mit seinem Werk und den Fliegern in der Luft dauernd im Verkehr bleiben kann. Die Einrichtung, die gegenwärtig noch 2200 Dollar kostet, wird sich bald auf höchstens 500 Dollar verbilligen lassen, und so ist die Möglichkeit gegeben, daß ein Apparat für drahtlose Telegraphie und Telephonie auf allen teuren Wagen eingerichtet wird. Der Apparat hat für Telephonie eine Reichweite von 30 Meilen und kann durch das einfache Drehen eines Umschalters in eine telegraphische Station von 3000 Meilen Reichweite umgewandelt werden. N. St. Z.

— **„Ach so, Malereiarbeiter!"** Ein ergötzliches Geschichtchen wird dem „Tägl. Korr." aus einem niederbayerischen Städtchen erzählt. Dorthin wurden zwei Münchner Künstler verschlagen, die das Gerücht von fetten Kirchweihnudeln, schweinernen Braten und ähnliche Kostbarkeiten anlockte. Die nächste Folge war aber, daß die Herren in eine der üblichen Kirchweihraufereien, allerdings mehr leidend als aktiv, verwickelt und dann mit anderen Teilnehmern verhaftet und zum Verhör auf die Polizeiwache gebracht wurden. Dort wurden sie peinlichst vernommen.

„Beruf der Herren?"

„Künstler."

„Was heißt das? Künstler? Sie müssen doch einen Beruf haben! Was treiben Sie denn?"

„Nun, wir malen, wir zeichnen!"

Ein verstehendes Lächeln huscht über die Züge des Polizeigewaltigen, und er nickte seinem Schreiber zu:

„Ach so, Malereiarbeiter. Also schreiben Sie: Alter 31 Jahre, Beruf Malereiarbeiter!"

Wenn es dann zur Hauptverhandlung kommt, wird der Richter Augen machen, sobald er den Zeugen „Malereiarbeiter" aufruft.

## Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, den 11. November 1919.

* **Tagesordnung** für die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am Mittwoch, den 12. ds., nachmittags 4 Uhr:

Beratung des Voranschlags für 1919, zunächst Einzelvoranschläge.

* **Volkshochschule.** Da der Kurs 9 (Schwäb. Dichter) in 3 Abteilungen gehalten werden muß und eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Mitglieder wünschenswert ist, so empfiehlt es sich, daß in der ersten Stunde (Mittw. 6¼) die Namen A—G, in der zweiten (Mittw. 8¼) die Namen H—O, in der dritten (Freitag 7¼) die Namen P—Z erscheinen. Begründete Ausnahmen sind dennoch zulässig.

* **Zinskupons als Zahlungsmittel.** Infolge der am 1. Dezember in Kraft tretenden Bestimmung, daß Zins- und Gewinnanteilscheine nur von denjenigen Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften eingelöst werden dürfen, bei denen die betreffenden Wertpapiere oder Zinsbogen hinterliegen (s. unter Handel u. Verkehr), können von diesem Termin ab Zinsscheine (Zinskupons) nicht mehr an dritte Personen als Zahlungsmittel weitergegeben werden. Vor der Annahme von Zinskupons an Zahlungsstatt nach dem 1. Dezember ist also zu warnen.

* **Die „Schwäbische Volksbühne" in Nagold.** Das Wandertheater des Vereins zur Förderung der Volksbildung, die „Schwäbische Volksbühne", wird in der nächsten Woche auch in unserer Stadt spielen. Zur Aufführung sollen gelangen: am Dienstag, 18. Nov., Schiller „Kabale und Liebe"; am Mittwoch, 19. Nov., Shakespeare „Was ihr wollt"; am Donnerstag, 20. Nov., Anzengruber „G'wissenswurm". Das Wandertheater, das unter der Leitung von Ernst Martin steht, setzt sich aus namhaften Schauspielern und Schauspielerinnen zusammen, die der Verein für den Winter 1919/20 gewonnen hat und bringt die Ausstattung des Württ. Landestheaters mit. Die „Schwäbische Volksbühne" hat schon in verschiedenen größeren und mittleren Städten Württembergs mit großem Erfolg gespielt und wird auch hier sicherlich Anklang finden. B.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

* **Erhöhung der Mahllöhne?** Zwischen der Reichsgetreidestelle und den Reichs-Mühlenverbänden haben wegen Erhöhung der Mahllöhne Verhandlungen stattgefunden. Erstere hat sich bereit erklärt, den Mahllohn der Mühlen um 6 Mark pro Tonne und den Preis für Ueberschußmehl von 38 Mk. auf 45 Mk. pro 100 kg zu erhöhen.

* **Schweizer Mostobst.** Der Einkaufsvereinigung der Gastwirte Württembergs ist es gelungen, nach langen Verhandlungen von der Landesversorgungsstelle 20 Waggon Schweizer Mostobst zu verhältnismäßig billigen Preisen zu erhalten, die die Vereinigung anteilmäßig zu verteilen beabsichtigt.

## Aus dem übrigen Württemberg.

* **Gündringen,** 9. Nov. Die erste Dienstprüfung für das höhere Lehramt hat August Schick von hier bestanden.

f **Horb,** 10. Nov. In der letzten Sitzung des Gemeinderats lag ein Antrag vor, eine Menge von 70—80 Liter Magermilch, die gegenwärtig nach Stuttgart geliefert werden würden, für die Stadt Horb zu sichern. Auf Antrag des Gemeinderats Gramlich nahm man einstimmig davon Abstand, die Menge zu übernehmen, und begründete die Ablehnung damit, daß die Not in Stuttgart größer sei als in Horb, wo wenigstens Kinder und Kranke ihre Milch täglich bekämen. Bei den hier herrschenden mißlichen Milchverhältnissen ist dieser Beschluß bemerkenswert und zeugt von hohem Verantwortungsgefühl der Stadtvertreter. — Gleichzeitig ließ die Spitalstiftung erklären, daß sie bereit sei, für die Bewohner der Stadt eine so große Menge Brennholz aus ihren Wäldern zur Verfügung zu stellen, wie bei den größtmöglichsten Anstrengungen im Rahmen der forstwirtschaftlichen Verantwortung geliefert werden könne.

r **Rottenburg,** 9. Nov. Der Rottenburger Katholikentag ist auf 8. Dezember verschoben worden. Als Redner haben bis jetzt zugesagt Bischof Dr. Paul Wilhelm von Keppler u. Justizminister Bolz.

**Freudenstadt,** 9. Nov. Gestern abend ereignete sich hier ein beklagenswerter Unglücksfall: an einem Haus des Marktplatzes wurde Holz auf die Bühne gezogen vermittelst eines Schwiebels, welcher, wie es scheint, nicht richtig befestigt war. Derselbe stürzte herab und der mit Holz gefüllte Korb traf ein sechsjähriges Kind, das Söhnlein der Witwe Schleeh, so unglücklich auf den Kopf, daß es, ohne einen Laut von sich zu geben, bewußtlos zu Boden fiel.

r **Wildbad,** 9. Nov. Es ist beabsichtigt, im Wildseemoor Torf zu stechen. Die Sachverständigen der geologischen Landesaufnahme sind mit der Prüfung der Abbauwürdigkeit und Möglichkeit beauftragt. Der Württ. Landesausschuß für Natur- und Heimatschutz hat an die Forstdirektion und das Finanzministerium eine Eingabe gerichtet, in der er sein großes Interesse an der Sache ausspricht und bittet, es möchte ihm zu gegebener Zeit der Erfund der Untersuchungen zur Kenntnis gebracht werden, damit er von seinem Standpunkt aus die Gründe für Erhaltung des Wildseemoors geltend machen kann.

r **Stuttgart,** 9. Nov. In der Nacht vom 6. auf 7. und vom 7. auf 8. November wurde von Beamten des Kriegswucheramts in der Umgebung Stuttgarts eine Razzia nach Schleichhändlern vorgenommen. Zu diesem Zweck wurden von der Oberleitung der Polizeiwehr Mannschaften der Einwohnerwehr aufgeboten, die sich in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hatten. Es wurden beschlagnahmt: etwa 50 Zentner Fleisch, etwa 300 Ztr. Obst, 21 Ztr. Mehl, Getreide u. a. In dem Fuhrwerk des Metzgers Karl Häbich von Botnang wurden das Eingeschlächt und die Köpfe von zwei unerlaubt geschlachteten Ochsen gefunden. Häbich hatte einen Begleitmann bei sich, der eine scharf geladene entsicherte Pistole mit sich führte. Das Fuhrwerk des Häbich wurde beschlagnahmt. Ebenso wurde beschlagnahmt das Mietauto des Kraftfahrers Josef Schoffer in Stuttgart, das von Sillenbuch nach Stuttgart fuhr, und auf dem Schoffer 8 Zentner Fleisch unerlaubt nach Stuttgart befördern wollte. Schoffer hatte für diese Schleichhandelsfahrt von einem unbekannten Auftraggeber eine Belohnung von 300 M. erhalten. Das Gericht und die Verwaltungsbehörde werden über die Einziehung dieser Schleichhandelsfahrzeuge zu entscheiden haben. Es wurden eine Reihe von zum Teil bekannten Schleichhändlern festgenommen und dem Gericht zugeliefert. (Dieser Bericht dürfte die Bedenken, die der „Sozialdemokrat" in seiner Freitagnummer wegen Heranziehung der Einwohnerwehr gerade im jetzigen Augenblick zur Bekämpfung des Schleichhandels äußert, zerstreuen.)

r **Stuttgart,** 9. Nov. Aus den Arkaden des Kunstgebäudes wurde dieser Tage der „wackere Schwabe" entfernt. In seiner kunstvollen Ausführung, geweiht durch zahllose Nägel, die alle ein Opfer für die Kriegsfürsorge der Heimat darstellen, bildete er einen besonderen Schmuck, der auch bei Fremden stets Bewunderung fand. In der letzten Zeit haben unreife Burschen auch hier ihr Zerstörungswerk begonnen, sodaß es nötig wurde, dieses Kriegserinnerungszeichen der wohltätigen Nächstenliebe zu den Altertümern zu legen. Der „wackere Schwabe" ist ein Opfer der Zeit und der Errungenschaften geworden und hat bei den Erinnerungszeichen unseres stolzen Heeres im Armeemuseum seinen rechten Platz gefunden.

r **Stuttgart,** 9. Nov. Nachdem alle bisherigen dringenden Vorstellungen bei den Reichsstellen wegen der Kohlennot zu keinem Erfolge geführt haben, fand nach einer Vorbesprechung in Stuttgart am 3. November in Berlin bei dem Reichskabinett eine Aussprache statt. Zugegen waren Reichskanzler Bauer, der Reichsverkehrsminister mit Unterstaatssekretär von Stieler und der Reichskohlenkommissar. Außerdem waren vertreten das Reichswirtschaftsamt, das preußische Eisenbahnministerium und die Schiffahrtsabteilung. Bayern war durch den Minister Hamm, Württemberg und Baden durch Minister Remmele vertreten, anwesend waren ferner die drei Gesandten und die Vorstände der Landeskohlenstellen der drei süddeutschen Staaten. Die Forderungen dieser, sowie Vorschläge zur Milderung der Notlage wurden schriftlich überreicht nach der mündlichen Aussprache. Diese brachte zum Ausdruck, daß die Zusammenfassung der gesamten Transportmittel zu Wasser und zu Land die unerläßliche Voraussetzung einer befriedigenden Regelung bilde. Zuständigkeitsfragen der Reichsstelle dürften so wenig eine Rolle bei der Durchführung der Maßnahmen spielen, wie Privatinteressen einzelner Wirtschaftsorganisationen. Eine besondere Schwierigkeit liegt in der restlosen Erfassung des auf dem Rhein verfügbaren Kahnraumes. Widerstände, die sich daraus ergeben, daß besonders der Kohlentransport als Monopol in den Händen einzelner Gesellschaften lag, müssen beseitigt werden. Auch im Bahnverkehr herrschen durch den sogen. Pendelverkehr zwischen Zeche und einzelnen Werken und Städten, die eigenen oder gemieteten Wagenraum besitzen, Zustände, die einer gleichmäßigen und gerechten Verteilung der Kohlen hinderlich sind. Besonders notwendig sind sofortige Maßnahmen, die die restlose Erfassung aller verfügbaren Kohlenmengen durch den Reichskohlenkommissar bezwecken und die Versorgung einzelner Werke durch Schleichhandel unterbinden sollen. Ungleichmäßigkeiten bezüglich der Einschränkung in den einzelnen Teilen des Reiches tragen wesentlich dazu bei, die Unzufriedenheit zu steigern, weshalb Einheitlichkeit der Verordnungen und deren allseitig straffe Durchführung verlangt werden mußte. Es ist zu hoffen, daß die persönliche energische Vertretung obiger Forderungen, die vom württ. Staatsministerium zusammenfassend und in eindringendster Form noch einmal bei der Reichsregierung erhoben worden sind, bei den Reichsstellen die Erkenntnis gestärkt hat, daß nur durch sofortige ausreichende Zufuhren nach Süddeutschland die schlimmsten Folgen der augenblicklichen Notlage abgewendet werden können und daß von ausschlaggebender Bedeutung die Auswahl der Persönlichkeit ist, der man die Machtbefugnisse zur Durchführung dieser schwierigen Aufgabe in die Hände geben will.

r **Heilbronn,** 9. Nov. Das „Neckarecho" schreibt: Eine recht schmutzige Geschichte entwickelt sich anscheinend aus dem Schieberskandal des Geschäftsführers Hellmann von der Landesgetreidestelle. Der famose Geschäftsführer hat ein umfangreiches Sündenregister zusammengebracht. Wie man dem genannten Blatte mitteilt, hat er nicht nur Getreide und Mehl, sondern auch Fett und andere Waren in großen Mengen geschoben und dabei zweifellos riesige Geschäfte gemacht. Auch in Heilbronn ist er immer wieder aufgetaucht, um Geschäfte zu machen. Hellmann war früher bei der Firma C. H. Knorr hier in führender Stellung, aus der er wegen unsauberer Manipulationen (auch Schiebergeschäften) entfernt wurde. Mit der Berufung dieses Geschäftsführers für die Landesgetreidestelle hat man den Bock zum Gärtner gemacht. Wie konnte man einen solchen Gesellen auf so verantwortlichen und bedeutungsvollen Posten stellen, ohne seine Vergangenheit zu prüfen? Diese Frage muß der Landesgetreidestelle zur öffentlichen Beantwortung vorgelegt werden. Wie das „Neckarecho" weiter hört, sollen noch mehr Personen in die schmutzige Schieber- und Bestechungsgeschichte verwickelt sein.

r **Gaildorf,** 9. Nov. Auf dem Wege nach Fellbach wurde durch die Beamten des hiesigen Landjäger-Stationskommandos nach Einbruch der Dunkelheit ein Hamsterer-Auto mit einer recht reichen Beute abgefaßt. Es enthielt die reichhaltige Speisekarte von 71 Ztr. Bratbirnen, 5 Ztr. Ochsenfleisch, 88 Pfd. Kalbfleisch, 26 Pfd. geräuchertes Schweinefleisch, 15 Pfd. geräuchertes Rindfleisch, 52 Pfd. Schweineschmalz, 65 Pfd. Schwartenmagen, 16 Pfd. Leberwurst, 246 kg Weizen, 85 Pfd. Mohn. Das Auto gehört nach Hopfach, die Lebensmittel wurden in und in der Gegend von Wolpertshausen aufgekauft. Die gewerbsmäßigen Schleichhändler, zwei Herren aus Fellbach, wurden dem Amtsgericht zugeführt.

r **Schramberg,** 9. Nov. Die heutige Stadtschultheißenwahl ist ohne jeden Wahlkampf verlaufen. Gewählt wurde fast einstimmig Rechtsanwalt Eugen Ritter aus Rottweil, auf dessen Kandidatur die Zentrumspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei sich geeinigt hatten.

r **Aalen,** 9. Nov. Der Bahnarbeiter Lenz von Heidenheim, der aushilfsweise hier beschäftigt war kam zwischen die Puffer einer Rangierabteilung, die ihm den Brustkorb eindrückten. Lenz war sofort tot und erst seit kurzer Zeit verheiratet.

r **Kißlegg,** 9. Nov. Das dem Gutsbesitzer Benedikt Weipert in Beslach, Gemeinde Emmelhofen gehörige große Wohn- und Oekonomiegebäude ist vollständig niedergebrannt. Das Vieh wurde gerettet. Der Schweinebestand u. 30 Stück Geflügel sind in den Flammen umgekommen. Bei der raschen Ausbreitung des Feuers konnte nur ein Teil des Mobiliars geborgen werden. Entstehungsursache ist unbekannt. Der Schaden ist sehr groß, der Besitzer nur schlecht versichert.

r **Ulm,** 8. Nov. Dieser Tage ist im 84. Lebensjahr Schiffmeister Georg Käsbohrer verschieden, ein Ulmer Original und der letzte geprüfte Meister der Ulmer Schifferzunft. Die Erinnerung an die Blütezeit der Donauschiffahrt, die er in seiner Jugend mit erlebte, steigt mit seinem Tode wieder herauf. Die Ulmer Schifferzunft bestand damals aus 40 Schiffsmeistern, täglich wurden die Schiffe die Donau hinabbefahren, reich beladen mit Erzeugnissen der Industrie. Ulmer Schachteln nannte sie der Volksmund. Die Frachten waren für die damalige Zeit ziemlich ansehnlich, so erhob die Zunft im Jahr 1853 über 150 000 Gulden bei einer Beförderung von etwa 100 000 Ztr. Das Emporkommen der Eisenbahnen hat der Donauschiffahrt ein Ende gemacht, ob man in der neuen Zeit nicht wieder darauf zurückkommt, wie es die alten Ulmer schon lange wünschen, wird sich zeigen müssen. Der alte Meister Käsbohrer konnte auch stolz darauf sein, daß er dem Grafen Zeppelin das Floß für sein Luftschiff zimmern durfte.

r **Tettnang,** 9. Nov. Im Stengelehof bei Brochenzell Gemeinde Ettenkirch wurde bei Landwirt Fischer eingebrochen und auf erschwerte Weise gestohlen. Dem Dieb fielen 70 000 Mk. in Wertpapieren und 40 000 Mk. in Kriegsanleihe in die Hände, im ganzen also 110 000 Mk., die der Eigentümer in seinem Hause aufbewahrt hatte. Wieder eine ernste Wah-

## Die Kunst dem Volke!

(Gedanken zur Volkshochschulbewegung.)

Unter dieser Losung geschieht gegenwärtig manches. Daß man die edelsten Güter der bildenden Kunst, der Dichtung, der Musik, ins Volk tragen soll, darüber sind sich die meisten Gebildeten einig. Aber wer besorgt dieses Geschäft gegenwärtig im Zeitalter der Volkshochschule? Selbstverständlich vor allem die Kunsthistoriker, die Musikhistoriker und die Literaturhistoriker. Ob das die berufenen Leute für das Zugänglichmachen sind? Auch pädagogisch Vorgebildete sehen wir sich dieser Arbeit unterziehen. Ich fürchte auch sie werden nicht viel dabei erreichen.

Wenn wir bedenken, daß Kunst vor allen Dingen Leben bedeutet, so fällt uns aus unserer eigenen Erfahrung ein, daß es wohl nichts Lebloseres und Sinnloseres gibt, als gerade die Kunst, die Musik und die Literaturgeschichte — vor allem wenn sie sich popularisieren lassen muß. Was helfen dem Mann aus dem Volke diese paar rein äußerlichen Kenntnisse, die er wohl oder übel, da er sie nicht notwendig braucht zum großen Teil wieder vergißt. Geschichte der Künste gehört für die Volkshochschule rundweg verboten.

Viel praktischer und von viel größerem Nutzen wäre ein vernünftiger Zeichenunterricht mit Uebungen im Sehen, Musikunterricht und ein Sprech- und Leseunterricht. Im letzteren Falle wäre hauptsächlich systematisches Vorlesen zu betreiben, wenn annehmbare Rezitatoren aufzutreiben sind. Auch an Volkstheateraufführungen ließe sich denken, oder an billige Konzerte wie sie in so uneigennütziger Weise unser Seminar veranstaltet. Außerdem wären Veranstaltungen von volkskundlichen Ausstellungen, Aufstellung von Museen erstrebenswerte Gedanken.

Wenn wir aber das Verständnis für die Kunst in die Massen hineintragen wollen, so müssen dafür in Zukunft die Volksschulen den Boden vorbereiten. Eine systematische Ausbildung des künstlerischen Lebens und Empfindens muß das Ziel sein von den ersten Schuljahren an. Hinweg mit unserem bisherigen rein intellektuellen Betrieb. Laßt in der Erziehung unserer Kinder auch die Aesthetik zu ihrem Rechte kommen, denn ohne ästhetische Erziehung unseres gesamten Volkes ist das Problem der Sozialisierung der Kunst nicht denkbar.

E. Grammel, Wildberg.

**Wagner in Paris.** Versailles, 9. Nov. In Paris wurde gestern in einem Konzertsaal zum ersten Male wieder öffentlich Wagner gespielt und zwar das Vorspiel zu den Meistersingern. Der Veranstalter des Konzertes hatte während der letzten drei Konzerte eine Abstimmung unter den Besuchern veranstaltet, wobei sich 4982 für und 213 gegen Wagner ausgesprochen hatten.

**Schleichhandel in Babylonien.** Bruno Meißner schreibt in der zuletzt erschienenen „Orientalischen Literaturzeitung": Es ist nicht besonders merkwürdig, daß dieselben Ursachen die gleichen Wirkungen erzeugen. Formen wie jetzt, wo Deutschland durch die Feinde vom Weltverkehr abgeschnitten war und ist, wird der Handel gerade mit Lebensmitteln gewiß oft in ähnlichen Fällen angenommen haben; aber interessant ist doch der inschriftliche Nachweis, daß auch in Babylon einmal zu Zeiten der höchsten Not der Schleichhandel blühte. In dem unglückseligen Kampf der beiden Brüder Assurbanipal und Saosduchin war Babylon wohl im Jahre 651 von den Assyrern eingeschlossen worden. Die Not in der Stadt stieg bald bedeutend. Schon ein vom 13. Marcheschwan des 18. Jahres Saosduchins datierter Vertrag in dem ein Palmenhain übermäßig billig verkauft wird, hat die ganz ungewöhnliche Nachschrift: „Damals war Not und Bedrängnis im Lande entstanden und die Mutter öffnet der Tochter nicht die Tür", indem hier mit den typischen Worten die Unglückszeit geschildert wird. Diese kläglichen Nachschriften scheinen sich von nun an auf den juristischen Urkunden dieser Zeit immer mehr eingebürgert zu haben. Je eine Tafel vom 24. Tammuz und vom 19. Tebet des 19. Jahres tragen ähnliche Angaben, daß „Not und Bedrängnis im Lande entstanden sei" und daß „die Menschen aus Nahrungsmangel stürben". Trotzdem harrten die Leute weiter aus. An einen Kontrakt vom 29. Jjjar des Jahres 20 in dem ein allerdings „verfallenes Haus zum Abreißen und Aufbauen" besonders billig verkauft wird, schließt sich dann auch hier die folgende Notiz an: „Damals belagerte der Feind die Stadt. Not war im Lande entstanden, und als Preis für 3 Sila Getreide wurde ein Sekel Silber im Geheimen (d. h. im Schleichhandel bezahlt". Das war in der Tat ein ganz abnorm hoher, noch nie dagewesener Preis. Nach alter Regel sollte das Kur, das in alter Zeit 300, später 180 Sila hatte, einen Sekel kosten, und tatsächlich erhielt man in Babylon auch zu Assurbanipals und Nebukadnezars Zeit diese Quantität, ja noch mehr (bis 234 Sila) dafür. In der Zeit des Nabu-mukin-apal hatten einmal, wohl auch infolge von Hungersnot, 20 Sila 1 Sekel gekostet, und nach der Verserherrschaft stiegen die Getreidepreise auf eine früher nie geahnte Höhe; aber diese Teuerung und dieser Mangel, den nur die ganz Wohlhabenden auf dem Wege des Schleichhandels notdürftig überwinden konnten, ist in der babylonischen Geschichte vorher und nachher nie dagewesen. Nachdem schließlich die Bewohner von Akkad vor Hunger „das Fleisch ihrer Söhne und Töchter gegessen und die Lederbeschläge abgenagt hatten", „stürzten die Götter den Saosduchin in einen brennenden Feuerschlund", und im Sommer 648 fiel die unglückliche Stadt in die Hand des Siegers.

**Der Menschenverlust Deutschlands.** Ueber den Menschenverlust, den die uns durch den Friedensvertrag auferlegten Gebietsabtretungen für das Deutsche Reich mit sich bringen werden, sind unrichtige, meist viel zu optimistische Mitteilungen verbreitet worden. Wir entnehmen den Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland, daß wir in Europa 6 Millionen Einwohner (von 66 Millionen überhaupt) unbedingt verlieren, während über das Schicksal weiterer 3 Millionen die Abstimmungen entscheiden werden. Dazu kommt der Verlust der Gesamtbevölkerung unserer Kolonien. Von den 6 Millionen, deren Abtrennung vom Reichskörper nicht mehr in Frage steht, sind 3,8 Millionen deutscher Muttersprache und nur 2,2 Mill. Fremdsprachige; von den 3 Millionen Bewohnern der Abstimmungsgebiete 1,2 Mill. deutsch und 1,8 Mill. fremdsprachig. Alle diese Zahlen stützen sich auf die Volkszählung von 1910. Sie beweisen, daß zwischen 3,8 Millionen und 5 Millionen Inlarddeutscher künftig, je nach dem Ergebnis der Abstimmungen, zu Auslandsdeutschen gestempelt werden sollen, oder vielmehr, wenn es nach dem Willen unserer Feinde geht, zu Ausländern schlechtweg. Noch größer ist aber die Zahl der österreichisch-ungarischen Deutschen, die unter Fremdherrschaft gezwungen werden oder verbleiben sollen.

**Zur Aufmunterung für Verzagte.**

Laß fahren deine Sorgen,
du änderst nicht dein Los;
das Heut' ist dein, das Morgen
trägt Gott in seinem Schoß.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nung für alle, die es umgebt, nicht so viel Geld im Hause aufzubewahren!

r **Friedrichshafen,** 9. Nov. Der vieljährige frühere Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen, Eberhard von Boelz, ist 89 Jahre alt hier gestorben.

r **Vom Bodensee,** 9. Nov. Da die Großherzogin Luise auf der Mainau wegen Brennstoffmangels nicht mehr in der Lage war, ihr prächtiges Palmenhaus weiter erhalten zu können, hat die Stadt Ueberlingen für ihren weltbekannten Stadtgarten den größten Teil der kostbaren Pflanzen erworben.

r **Vom Bodensee,** 9. Nov. Das Schwurgericht in Konstanz hat den Raubmörder Kumm, der den 32 jährigen Kaufmann Valentin Laumann am 23. Juli in der Nähe von Konstanz durch mehrere Schüsse getötet und seiner Barschaft von 7000.— Mk. beraubt hat, zum Tode verurteilt.

r **Von der Enz,** 9. Nov. Der Vorstand des Lebensmittelamts Pforzheim brachte das Kunststück fertig, in Berlin einen Waggon dänische Kalkeier für Pforzheim zu 2.50 Mk. das Stück zu kaufen. Es handelte sich um 3—400 000 Mk. Zum Glück verweigerte die Pforzheimer Lebensmittelkommission die Zustimmung. Ob wem die Eier nun hängen bleiben, ist noch unsicher. Vielleicht haben sie die Dänen, inzwischen schon anderen aufgehängt. Gestern abend fand im Pforzheimer Saalbau deshalb eine von mehreren tausend Personen besuchte, ursprünglich von Spengler und den Unabhängigen berufene, aber auch von den Bürgerlichen besuchte stürmische Versammlung statt, in der Spengler Rechenschaft ablegte. Er führte aus, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. Auch über die schlechte Versorgung mit Brennmaterial und Lebensmittel wurde in der Versammlung sehr geklagt.

## Handels- und Marktberichte.

### Wichtig für jeden Wertpapierbesitzer.

Zur Sicherung des Steueraufkommens hat die Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Okt. 1919 Bestimmungen getroffen, die für jeden Besitzer von Wertpapieren von höchster Wichtigkeit sind: 1. Zins- und Dividendenscheine sowie ausgeloste, gekündigte oder sonst zur Rückzahlung fällige Wertpapiere dürfen künftig nur noch von denjenigen Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften zur Einlösung oder Gutschrift angenommen werden, bei denen entweder die ganzen Wertpapiere (d. h. Mantel und Zinsscheine) oder wenigstens die Zinsscheinbogen mit dem Erneuerungsschein (Talon) hinterlegt sind. Diese Vorschrift kommt einem Depotzwang gleich, sie ist aber durch die folgende Ausnahme gemildert. 2. Der Eigentümer der Wertpapiere kann seinem Kameralamt ein Verzeichnis seines Wertpapierbesitzes unter Angabe von Gattung, Nennwert u. der üblichen Unterscheidungsmerkmale in doppelter Fertigung einreichen. Die eine Fertigung erhält er dann vom Kameralamt mit einem Bestätigungsvermerk zurück. Unter gleichzeitiger Vorzeigung dieses bestätigten Verzeichnisses kann der Eigentümer der Papiere die Zinsscheine zu den im Verzeichnis aufgeführten Wertpapieren und diese Wertpapiere selber bei jeder Bank oder den sonstigen Einlösungsstellen zur Einlösung, Gutschrift usw. einreichen. In diesem Fall bedarf es also einer Hinterlegung der Wertpapiere nicht, da ja durch die beim Kameralamt bleibende Fertigung des Verzeichnisses der Steuerbehörde der Wertpapierbesitz des Betreffenden bekannt ist. Sch.

### Die Sparprämienanleihe.

Zur Aufklärung über das Wesen der Sparprämien-Anleihe ist im Hause Berlin W 9, Budapester Straße 5, eine amtliche Auskunftsstelle errichtet worden, die unentgeltlich über alle Einzelheiten dieser Anleihe Aufschluß und Belehrung erteilt. Die Auskunftsstelle erledigt auch schriftliche Anfragen.

**Berlin,** 8. Nov. Handels- und Gewerbekreise bringen der neuen Sparprämienanleihe außergewöhnliches Interesse entgegen. Immer neue Kreise schließen sich dem Ausschuß, der zur Förderung der deutschen Sparprämienanleihe gebildet wurde, an. Auch der Verband deutscher Lotteriekommissionsfirmen, der durch seine Vorstandsmitglieder A. Molling Berlin und H. G. Kröger-Berlin vertreten wird, hat sich dem Ausschuß angeschlossen.

**Berlin,** 8. Nov. Durch die Verkehrssperre ist die Nachrichtenvermittlung über die Auflegung der Sparprämienanleihe namentlich in den ländlichen Bezirken verlangsamt worden. Da aber die Regierung auf die Beteiligung der ländlichen Bevölkerung den größten Wert legt, hat der Reichsfinanzminister beschlossen, die Zeichnungsfrist um 8 Tage zu verlängern, so daß sie vom 10. November bis 3. Dezember läuft.

* **Preiserhöhung für Kupferrohre.** Der Kupferrohrverband hat mit sofortiger Wirkung die Preise für Kupferrohr um 100 Mk. auf 1850 pro Doppelzentner erhöht.

## Briefkasten.

**K. B. 100.** Ein vollstreckbares Urteil über eine alte Forderung vom Jahre 1906 ist heute noch rechtskräftig. § 210 des B.-G.-B. sagt: „Ein rechtskräftig festgestellter Anspruch verjährt in 30 Jahren, auch wenn er an sich einer kürzeren Verjährung unterliegt. Das gleiche gilt von dem Anspruch aus einem vollstreckbaren Urteil oder einer vollstreckbaren Urkunde, sowie von einem Anspruch, welcher durch die im Konkurs erfolgte Feststellung vollstreckbar geworden ist usw." Die Revolution hat an dieser gesetzlichen Bestimmung natürlich nichts geändert.

**E. M. 94.** Der wöchentliche Durchschnittslohn für Bäckereihilfen ist für erste Gehilfen 48 Mk., zweite Gehilfen 38.40 Mk., dritte über 18 Jahre 32 Mk. und dritte unter 18 Jahre 28.80 Mk. bei freier Kost und Wohnung.

**Kirchenopfer betr.** Wir haben Ihre Anregung, die Beachtung verdient, an die zuständige Stelle weitergegeben. Früher wurde es auch hier schon einmal so gehalten, wie Sie es anregen.

## Letzte Nachrichten.

### Der Metallarbeiterstreik vor dem Ende.

Berlin 11. Nov. Der Metallarbeiterstreik geht laut „Vorwärts" zu Ende. Die bisher stattgefundenen Abstimmungen lassen keinen Zweifel darüber. Die Streikleitung teilt mit: Das bisherige Ergebnis der Abstimmung läßt erwarten, daß die Arbeitsaufnahme beschlossen wird. Die Streikleitung ist ermächtigt, in allen Betrieben die für die Wiederaufnahme der Arbeit nötigen Vorarbeiten sofort vornehmen zu lassen.

### Drohender Umsturz in der Türkei.

Konstantinopel, 11. Nov. Die Lage in der Türkei ist außerordentlich ernst. Ein Staatsstreich zum Sturz des Sultans ist aufgedeckt worden und scheiterte.

### Zum Tod verurteilt.

Thorn, 11. Nov. Das Kriegsgericht Thorn fällte gegen einen 18 Jahre alten Pionier das Todesurteil. Der Mann beging Unterschlagungen und trieb sich sodann in den Wäldern umher. Als ihm ein befreundeter Pionier warmes Essen in den Wald brachte, tötete er diesen kaltblütig, um dessen Kleider bekommen zu können.

### Wie die Engländer den Waffenstillstand feiern.

Köln, 11. Nov. Die britischen Behörden ordneten an: Der Straßenverkehr muß in Erinnerung des Waffenstillstandes im Jahre 1918 am 11. Nov. um 11 Uhr vormittags 2 Minuten lang unterbrochen werden.

### Trauerfeier für Haase.

Berlin, 11. Nov. Im Sitzungssaal des Reichstages wird am Donnerstag vormittag eine Trauerfeier für Haase unter Zulassung von Deputationen abgehalten werden.

### Das Bootsunglück an der Wyker Torpedomole.

Kiel, 11. November. Zu dem gestern bereits gemeldeten Bootsunglück an der Torpedomole von Wyk erfahren wir, daß wegen der hochgehenden See nur die Hälfte der Verunglückten gerettet werden konnte. Die genaue Zahl der Toten steht noch nicht fest, dürfte aber einige 20 betragen.

### Herr Poincaré in England.

Calais, 11. Nov. Herr und Frau Poincaré sind gestern in Dover eingetroffen, wo sie vom Prinzen Albert empfangen wurden und dann nach London weiterfuhren, wo sie um 3 Uhr nachmittags auf dem Viktoriabahnhof eintrafen. Begrüßt vom König, der Königin, der Prinzessin Mary, Lloyd George, Balfour, Lord Curzon und mehreren anderen Mitgliedern des Kabinetts, wurden die Gäste nach dem Buckinghampalast geführt.

### Heimkehr des Marschalls Mackensen.

Paris, 11. Nov. Der Oberste Rat prüfte die durch die Gemeindewahlen seitens der deutschen Behörde in Oberschlesien geschaffene Lage und beschloß die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß diese Wahlen von den Alliierten als Null und nichtig betrachtet werden, da sie der Freiheit des Plebiszits zuwiderlaufen. Der Rat bestimmte noch die Antwort auf die deutsche Note betreffend Eupen und Malmedy, wo die Deutschen ein Plebiszit durchgeführt haben. Die Antwort wird eine ablehnende sein. Schließlich beschlossen die Vertreter der Alliierten dem Marschall v. Mackensen, der sich noch in Saloniki befindet zu ermächtigen, mit Rücksicht auf sein Alter und seine Gesundheit nach Deutschland zurückzukehren.

Für die Schriftleitung verantwortlich Bruno Wilhelm Walter, Nagold.
Druck u. Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Karl Zaiser) Nagold.

## Amtliche Bekanntmachungen.

I. Durch die Ministerialverfügung vom 19. September ds. Js. ist die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 14. März 1917 über **Kartoffelgastmarken** (Staatsanzeiger Nr. 62) für das Wirtschaftsjahr 1919/20 erneuert worden. Dieselbe wird nachstehend bekannt gegeben: 2048

§ 1. Kartoffeln und Kartoffelspeisen dürfen in Gast- und Schankwirtschaften, Speiseanstalten, Vereins- u. Erfrischungsräumen, Volksküchen und sonstigen Anstalten zur Massenspeisung, sowie in Fremdenheimen und ähnlichen Betrieben nur gegen Kartoffelgastmarken abgegeben und entgegen genommen werden.

Die beteiligten Kommunalverbände haben ohne Verzug die näheren Bestimmungen und Einrichtungen zu treffen. Die Regelung kann den Gemeinden für ihre Bezirke überlassen werden; Gemeinden, die nach der letzten Zählung mehr als 10 000 Einwohner haben, können die Uebertragung verlangen.

§ 2. Die Abgabe von Kartoffelgastmarken durch die Kommunalverbände oder die Gemeinden, (vergl. § 1 Abs. 2) an die Verbraucher erfolgt unter Anrechnung auf die den Verbrauchern zustehende Kartoffelmenge, sonach entweder gegen Ablieferung einer entsprechenden Menge von Speisekartoffeln oder gegen Rückgabe von Kartoffelmarken gleichen Bezugswerts an den Kommunalverband oder die Gemeinde oder, sofern diese Marken für den Rest des Wirtschaftsjahres noch nicht ausgegeben oder überhaupt Kartoffelmarken nicht eingeführt sind, durch Aufrechnung auf den dem Verbraucher noch zustehenden Bedarfsanteil.

§ 3. Die Württ. Landeskartoffelstelle Verwaltungsabteilung gibt für den Reiseverkehr innerhalb Württembergs gegen Ersatz der Selbstkosten auf Antrag an die Kommunalverbände und Gemeinden (vergl. § 1 Abs. 2) Landeskartoffelgastmarken aus. Diese sind nur für den Verbrauch in Gast- und Schankwirtschaften bestimmt; sie dürfen von den Kommunalverbänden und Gemeinden gleichfalls nur unter Anrechnung auf die dem Verbraucher zustehende Kartoffelmenge entsprechend den Vorschriften in § 2 abgegeben werden.

§ 4. Der Bezugswert der an die Ueberschußkommunalverbände und deren Gemeinden abgegebenen Landeskartoffelgastmarken wird von der Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, als Ablieferungsschuldigkeit dieser Kommunalverbände vorgemerkt; der Bezugswert der von den Bedarfskommunalverbänden und ihren Gemeinden bezogenen Landeskartoffelgastmarken wird als Empfang auf den Lieferungsanspruch dieser Bezirke angerechnet.

Die in einem Kommunalverbandsbezirk von den Inhabern der in § 1 genannten Betriebe zurückgegebenen Landeskartoffelgastmarken sind monatlich an die Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung, zur Berechnung einzusenden.

§ 5. An Personen, die keinem württ. Kommunalverband angehören, dürfen in den in § 1 bezeichneten Betrieben Kartoffeln und Kartoffelspeisen nur abgegeben werden, wenn sie ihre auf einen nichtwürttembergischen Kommunalverband lautende Reichsfleischkarte vorzeigen. In diesen Fällen darf zu einer Mahlzeit nicht mehr als ½ Pfund Kartoffeln abgegeben werden.

§ 6. Die von den Kommunalverbänden und den beteiligten Gemeinden zur Durchführung vorstehender Bestimmungen erlassenen Anordnungen bedürfen der Genehmigung der Landeskartoffelstelle, Verwaltungsabteilung.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verfügung werden nach § 8 der Verordnung des Reichsernährungsministers über Kartoffeln vom 4. Sept. 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1511) mit Geldstrafe bis zu Mk. 150.— oder mit Haft bestraft, soweit nicht Verfehlungen im Sinne des § 18 der Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 vorliegen. Im letzteren Falle tritt Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder eine dieser Strafen ein.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Bei vorsätzlichem Verschweigen, Beiseiteschaffen, Veräußern oder Verfüttern von Speisekartoffeln muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem zwanzigfachen Wert der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

II. Unter Bezugnahme auf vorstehende Ministerialverfügung wird angeordnet:

1. **Für den Verkehr innerhalb des Bezirks** werden keine besonderen Kartoffelgastmarken ausgegeben, sondern es werden die zunächst nur für den Reiseverkehr bestimmten Landeskartoffelgastmarken verwendet. Diese sind bei den Gemeinden, die sie von der Bezirksversorgungsstelle beziehen, erhältlich gegen Anrechnung auf die den Verbrauchern zustehende Kartoffelmenge (s. I § 2 oben).
2. Die Kartenabgabestelle der Gemeinden haben über die Abgabe der Kartoffelgastmarken Verzeichnisse oder besondere Abgabekarten zu führen, sowie die gegen Abgabe der Kartoffelmarken abgelieferten entsprechenden Mengen von Speisekartoffeln entgegenzunehmen u. zu verzeichnen bezw. die betreffenden Mengen, falls der Verbraucher noch nicht im Besitz der ihm zustehenden Kartoffelmenge ist, auf den dem Verbraucher noch zustehenden Bedarfsanteil aufzurechnen.
3. Die in I § 1 genannten Betriebe haben die von den Gästen eingenommenen Kartoffelgastmarken bis zum dritten Tage jeden Monats der Kartenabgabestelle einzureichen. Die Kartenabgabestellen haben sie bis zum achten Tage jeden Monats mit einer Anzeige über die ausgegebenen und abgelieferten Kartoffelgastmarken der Bezirksversorgungsstelle behufs Vorlage an die Landeskartoffelstelle einzusenden.
4. Soweit eine **Versorgung der Gast- und Schankwirtschaften,** Speiseanstalten, Vereins- u. Erfrischungsräume, Volksküchen und sonstigen Anstalten zur Massenspeisung, der Fremdenheime und ähnlichen Betrieben, seien sie nur gewerblicher oder gemeinnütziger Art, als nötig erscheint, wird ihnen auf Antrag eine für den Bedarf eines kurzen Zeitraums, höchstens eines Monats, ausreichende Kartoffelmenge zugewiesen. Mit diesem Vorrat an Speisekartoffeln muß das Unternehmen das ganze Wirtschaftsjahr hindurch ohne jeden weiteren Zuschuß auskommen, da gegen den Umtausch der von den Gästen für die Verabreichung von Kartoffelgerichten abgegebenen Kartoffelgastmarken dem betreffenden Unternehmen von der versorgungspflichtigen Gemeinde immer wieder Speisekartoffeln zu liefern sind.

Etwaige Anträge auf Zuweisung von solchen Vorschriften an Speisekartoffeln sind an die Bezirksversorgungsstelle einzureichen. Bezugsscheine dürfen für diesen Zweck nicht ausgegeben werden.

Nagold, 10. November 1919. Oberamt: Münz.

### Oberamt Nagold.

Bei der Amtskörperschaft Nagold sind folgende Stellen neu zu besetzen:

1. Die Stelle eines **Katastergeometers** für 20 Gemeinden auf dem Sitz in Altensteig.

Die Einkommens- und Anstellungsverhältnisse des Beamten werden durch die im nächsten Monat stattfindende Amtsversammlung geregelt. Die Stelle ist derzeit durch einen Amtsverweser besetzt.

2. Die Stelle des **Verwaltungsaktuars** für den Bezirk II mit dem Sitz in Altensteig, umfassend die 11 Gemeinden Altensteig-Dorf, Berneck, Beuren, Enztal, Ettmannsweiler, Fünfbronn, Gartweiler, Gaugenwald, Simmersfeld, Spielberg, Überberg.

Die Bezüge des Beamten sind von der Amtsversammlung noch zu bestimmen.

Bewerbungen werden bis **spätestens 20. ds. Mts.** an das Oberamt erbeten.

Nagold, den 8. Nov. 1919.

Der Vorsitzende des Bezirksrats:
2040 Oberamtmann: Münz.

### An die Gemeindebehörden.

Gemäß der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 14. Oktober 1858 kommt der **Bezugspreis für den Staatsanzeiger** von den Gemeinden des Landes heuer noch durch die Oberämter bezw. die Oberamtspflegen zum Einzug.

Im Einverständnis des Ministeriums des Innern will das Kassenamt des Staatsanzeigers mit dieser Uebung aus Zweckmäßigkeitsgründen vom 1. Januar 1920 ab brechen; die Gemeinden werden deshalb veranlaßt, den Staatsanzeiger von diesem Zeitpunkt **ab unmittelbar** bei ihrem zuständigen **Postamt** zu bestellen. Die Postanstalten sind ersucht worden, jeweils bei dem allgemeinen, in der Zeit vom 15.—25. Dez. stattfindenden Zeitungsgeldeinzug den Gemeinden auch Bestell-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zettel (Rechnungen) für den Jahresbezug des Staatsanzeigers vorzeigen zu lassen.

Die Gemeindebehörden werden noch besonders darauf hingewiesen, daß sie zur Haltung des Staatsanzeigers verpflichtet sind. 2057

Den 10. November 1919. Münz.

---

Laut Bekanntmachung des Ernährungsministeriums betr. **Höchstpreise für Speisekartoffeln der Ernte 1919** vom 7. November 1919 (Staatsanz. Nr. 257) wurde auf Grund einer **Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums** vom 1. Nov. d. Js. in Abänderung der Verfügung des Ernährungsministeriums vom 19. Sept. d. Js. über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1919/20 (Staatsanzeiger Nr. 215) folgendes bestimmt:

1) Der Erzeugerhöchstpreis für Herbstkartoffeln der Ernte **1919 wird unter Einrechnung der bisher in Württemberg** gewährten Schnelligkeitsprämie von 1.75 Mk. für jeden bis 15. Dezember gelieferten Zentner auf 9.75 Mk. festgesetzt. Hiezu kommen noch die in § 15 der Verfügung des Ernährungsministeriums vom 19. September d. Js. über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1920 bestimmten je nach der Entfernung gestaffelten Anfuhrgebühren von 20 bis 80 Pfennig.
2) Vorstehende Höchstpreise gelten mit rückwirkender Kraft vom 15. Sept. 1919 ab. Den Erzeugern, soweit sie bisher Kartoffeln zu den alten Preisen an den Kommunalverband geliefert haben, ist der Preisunterschied nachzuzahlen. Etwaige Nachzahlungen für Kartoffellieferungen auf Bezugscheine bleiben der Vereinbarung der Beteiligten überlassen. 2050

Nagold, den 10. Nov. 1919. Oberamt: Münz.

---

**Verfügung der Fleischversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern über Wild,**

vom 6. November 1919 (Staatsanzeiger Nr. 256)

Die Verfügung der Fleischversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern über Wild vom 12. September 1917 (Staatsanz. Nr. 217), 22. Juli 1918 (Staatsanz. Nr. 171), 9. Oktober 1918 (Staatsanz. Nr. 244) wird auf Grund des Höchstpreisgesetzes ergänzt wie folgt:

§ 13 Ziff. 1 Abschnitt 1 erhält folgenden Zusatz:

Außerdem dürfen für Decke bezw. Balg bis auf weiteres folgende Zuschläge an den Jäger bezahlt werden:

a) für 1 Stück Rehwild bis zu 20 Mark, 2049
b) für 1 Stück Roß- und Damwild bis zu 50 Mark,
c) für 1 Hasen im November 1919 bis zu 2.50 Mk.

Nagold, den 10. Nov. 1919. Oberamt: Münz.

---

Nagold, 10. Nov. 1919.

# Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Freunden und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unsre liebe Mitschwester

## Diakonissin Anna Schreiber

Sonntag abend 6 Uhr im Alter von 44 Jahren nach kurzer aber schwerer Krankheit vom Herrn heimgerufen wurde.

**Die trauernden Schwestern des Bez.-Krankenhauses.**

Beerdigung Mittwoch nachm. 2 Uhr. 2056

---

**Nagold.**

**Neuen Rotwein**

empfiehlt 2061

**Wilh. Harr,**
**Küferei u. Weinhandlg.**

---

# Zahnpraxis

von **Emma Fick**, Dentistin
gepr. v. V. W. D. Stuttgart
**Nagold**, Marktstr. 118
(im Hause von Bäckermeister Hiller, Witwe, neben Gasthof z. Rößle)

Empfehle mich Zahnleidenden in Stadt und Land im Behandeln und Plombieren von kranken Zähnen auch in schwierigen Fällen in jeder Füllungsart. Ausziehen nicht mehr zu erhaltender Zähne unter örtlicher Betäubung, Zahnreinigen, Anfertigung tadellos sitzender Gebisse, Kronen und Brückenarbeiten; letztere nach modernsten Methoden. Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse und Reparaturen. Schonendste Behandlung, ganz besonders für ängstliche Patienten. 1901

**Sprechstunde**
**von 8—6 Uhr, Sonntags von 11—2 Uhr.**

---

# Deutsche Spar-Prämien-Anleihe von 1919.

Die unterzeichneten Stellen nehmen Anmeldungen auf die in der Zeit vom 10. Nov. bis 3. Dez. mittags 1 Uhr zur Zeichnung aufliegende

## fünf Milliarden Mark
## Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919

entgegen.

Die Anleihe ist in Stücke à M. 1000.— eingeteilt und der Preis für jedes Sparprämienstück beträgt M. 1000.—, wovon M. 500.— in 5 % Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert und M. 500.— in bar zu begleichen sind. Die Zahlung der zugeteilten Beträge muß bis zum 29. Dezember d. J. erfolgen.

Bemerkt wird noch, daß bei Abgabe der Zeichnung 10 % des gezeichneten Betrags als Sicherheit zu hinterlegen sind.

Die Gewinnverlosungen finden zweimal jährlich statt, die erste Gewinnverlosung im März 1920. Bei jeder Ziehung kommen 2500 Gewinne im Betrag von 25 Millionen Mark zur Verlosung.

Die Tilgungsauslosungen finden jährlich am 1. Juli statt und ein jedes getilgte Sparprämienstück bekommt außerdem einen Zuschlag von M. 50.— für jedes verflossene Jahr, ferner entfällt auf jedes zweite getilgte Sparprämienstück ein mit den Jahren wachsender Bonus von M. 1000.— bis M. 4000.—

Anmeldescheine liegen an unseren Kassenschaltern auf, ferner sind wir zu weiteren Auskünften gerne bereit, wie wir auch in der Lage sind, größere Stücke von 5 % Deutscher Reichsanleihe in kleinere kostenlos umzutauschen. 2044

**Gewerbebank Nagold e. G. m. b. H.** **Oberamtssparkasse Nagold.**

---

# Kerzen-Abgabe

am **Donnerstag, 13. ds. Mts. nachmittags von 2 Uhr ab** im Nahrungsmittelamt.

Wegen der geringen Zuweisung können nur Bedürftige berücksichtigt werden; es entfällt auf die Familie 1 **Kerze zu 30 Pfg.** 2059

10. 11. 1919.

Stadtschulth.-Amt.

---

# Futtermittel.

Von der Landesfuttermittelstelle werden

## getrock. Zuckerrüben

zu ca. Mk. 55.— p. Zentner angeboten.

Bestellungen hierauf können **bis 15. November** beim Nahrungsmittelamt gemacht werden.

**Melasse** ist in nächster Zeit **nicht** zu erwarten. 2051

Nagold, 10. 11. 1919.

**Stadtschulth.-Amt.**

---

# Wald-Kraut

ist eingetroffen und wird zu **16 Pfg.** das Pfund abgegeben bei **Ludwig Keck.** 2060

**Stadtschulth.-Amt.**

10. 11. 1919.

---

**Nagold.** 2054

Empfehle:

**Reinen Rauchtabak**
**Cigarren**
**Stearin-Kerzen**
**Toiletten-Schwämme**
**Gummisauger**
**Putztücher**
**Wichse und Lederfett.**

**Fr. Schittenhelm.**

---

Einen **wachsamen, rassenechten schwarzen**

**Spitzerhund,**

**Rüde,** 2 Jahr alt, **verkauft.** Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

---

# Oberamtssparkasse Nagold.

## Einlösung von Zinsscheinen betreffend.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung des Reichsfinanzministeriums vom **1. Dezember 1919 ab** Zins- und Gewinn-Anteilscheine **inländischer** Wertpapiere nicht nur noch bei Banken (Kreditgenossenschaften), sondern auch bei **Sparkassen** eingelöst werden können. Eine anderweitige Einlösung ist nicht mehr statthaft. Die Annahme der Zinsscheine ist an die Voraussetzung geknüpft, daß entweder die betreffenden Wertpapiere oder wenigstens die Zinsscheinbogen mit Erneuerungsschein bei der Kasse hinterlegt werden, oder aber bei der Einlösung ein Nachweis des zuständigen Rameralamts über die dort erfolgte Anmeldung der Wertpapiere vorgezeigt wird. Eine Weitergabe von Zinsscheinen als Zahlungsmittel an dritte Personen ist sonach nicht mehr möglich. Die Besitzer von Wertpapieren werden die Hinterlegung der Papiere oder Zinsscheine der umständlichen Anmeldung bei der Steuerbehörde vorziehen.

Wir sind gerne bereit, Zinsscheine jeder Gattung einzulösen oder einzuziehen, nicht nur wie seither Kriegsanleihestücke, sondern **Wertpapiere aller Art** — Mäntel oder auch nur Zinsscheinbogen — für die Eigentümer **in Hinterlegung und Verwaltung zu nehmen,** deren Auslosung zu überwachen, wie auch jede weiter gewünschte Auskunft im Verkehr mit Wertpapieren zu erteilen.

Den 10. Nov. 1919. 2053

**Kassenverwaltung:**
**Killinger.**

---

Ein vollständiges, guterhaltenes

# Bett

**zu kaufen gesucht.**

Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl. 2046

---

# Entlaufen

ist ein weißer 2038

**Spitzer**

auf den Ruf „Spitz" gehend; vor Ankauf wird gewarnt.

**Gebrüder Keck,**
Dampfsägewerk, **Herrenberg.**

---

**Nagold.**

**Ausgekämmte**

# Haare

**kauft fortwährend** 2041
**Karl Stickel :-: Friseur.**

---

**Altensteig.**

Zur Schlackensteinfabrikation

**geeignete**

# Arbeiter

können sofort eintreten bei

**G. Schneider**
Tel. 85 :: **am Bahnhof.**

---

**Ia. tannene** 2062

**Bodenriemen**

so lange Vorrat **bei Obigem.**

---

**Haiterbach.**

Setze eine schwere, 38 Wochen trächtige, gute

**Nutz- u. Schaffkuh**

dem Verkauf aus.

**Gottlob Gutekunst, Maurer**
bei der „Linde".

2042

---

Ein tüchtiger

# Möbelschreiner

kann sofort oder in 14 Tagen eintreten bei

**Georg Maier,**
**mech. Möbelschreinerei**
**Nagold.** 2047

---

Suche zum sofortigen Eintritt einen 2057

**ordentlichen**

# Mann

**als Heizer.**

**Chr. Lampart,**
**Färberei, Rohrdorf.**

---

# Brenn-Holz

**jeder Art** und jede Menge kauft zu höchsten Preisen

**K. Schneider**
**Bietigheim** (Wtrg.)